

II-14313 der Beilagen zu den Stenografischen Protokollen
des Nationalrates XVIII. Gesetzgebungsperiode

Nr. 6912 J

1994-07-12

ANFRAGE

der Abgeordneten Dr. Haider, Dr. Ofner, Dr. Partik-Pablé
an den Bundesminister für Justiz
betreffend 6051/AB zu 6127/J

Der Bundesminister für Justiz hat die Anfrage, ob die Rückgänge an Einnahmen aus Strafgeldern mit der steigenden Ausländerkriminalität zusammenhängen, mit den fehlenden diesbezüglichen Daten beantwortet. Den Anfragestellern liegt im Gegensatz dazu aber ein Schreiben des Präsidenten des Oberlandesgerichtes Wien vor, in dem dieser die Präsidenten der Gerichtshöfe I. Instanz über den Rückgang der Einnahmen aus Strafgeldern informiert, zu rascherer Eintreibung offener Geldstrafen auffordert und wörtlich ausführt:

"Wie die bereits zu olg. Jv 10.081-14a/93 durchgeführte Erhebung ergab, ist der Rückgang der Strafgelder vor allem mit der hohen Ausländerkriminalität und der Mittellosigkeit der Verurteilten zu erklären."

Die unterzeichneten Abgeordneten richten in diesem Zusammenhang an den Herrn Bundesminister für Justiz die nachstehende

Anfrage:

1. War Ihnen der zumindest vom Präsidenten des Oberlandesgerichtes Wien klar festgestellte Zusammenhang zwischen dem Rückgang der Einnahmen aus Strafgeldern und der Ausländerkriminalität zum Zeitpunkt der Anfragebeantwortung 6051/AB unbekannt oder warum haben Sie diese interessante Feststellung den Anfragestellern nicht mitgeteilt?
2. Haben Sie zur Beantwortung der Anfrage 6127/J – sollte im Bundesministerium für Justiz wirklich niemand über entsprechendes Wissen verfügt haben – entsprechende Informationen zumindest der Präsidenten der Oberlandesgerichte eingeholt?
3. Wenn nein, welche Feststellungen konnten die Präsidenten der vom Einnahmenrückgang betroffenen Oberlandesgerichte bezüglich der Ursachen dieser Entwicklung tatsächlich machen?